

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 1

Artikel: Wieviel "Multikulturalität" verträgt die Linke?
Autor: Weber, Catherine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341076>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wieviel „Multikulturalität“ verträgt die Linke?

Soviel ist klar: Wir sind längst eine „multikulturelle“ Gesellschaft. Unseren Multikulti-Alltag lassen wir uns nicht mehr nehmen: Spaghetti, Kebab, Pizza, Sushi, Falaffel und Curry, französischer Weichkäse, spanischer, italienischer, marokkanischer und neu auch tschechischer Wein – gar nicht so schlecht und erst noch billiger. Wir lesen nebst Bichsel auch Andersch, Machfus und Cortázar, hören Musik aus der

Catherine Weber

ganzen Welt, nur um Tells willen keinen Ländler und kein Alphorn. „Ich bin kein Rassist, sondern Schweizer“, sagte der Bademeister vom Hallenbad Bauma zur Verteidigung seiner Anordnung, Asylsuchende nur noch am Donnerstagnachmittag einzulassen. Und wie steht's mit uns Linken? Wir wollen zwar alle keine RassistInnen sein, haben aber doch nicht immer den Mut, offen und bedingungslos das einzufordern, was eigentlich dringend notwendig wäre. Dabei sollten wir uns bewusst sein, dass der Begriff der „Multikulturalität“ längst von rechts besetzt ist. Er ist behaftet mit Assoziationen wie „Quotenregelung“, „Überfremdung“, „islamische Gefahr“, „Ausländerkriminalität“, diffusen Bedrohungsbildern eben. Dass der Bundesrat das Drei-Kreise-Modell ohne nennenswerten Widerstand durchsetzen konnte, kann nur als Kapitulation der Linken gewertet werden. Und die Erbauer der Festung Europa – die Schweiz ist da vorne mit dabei – scheuen keine Mittel, der „Multikulturalität“ eng-

ste Grenzen zu setzen, bei jeder Gelegenheit die „Bedrohung der inneren Sicherheit“ durch zuviel AusländerInnen zu postulieren, Europa vom Rest der Welt abzuschotten. Der Historiker Jakob Tanner hat es auf den Punkt gebracht, wenn er feststellt, soziale Diskriminierung sei „nicht eine Folge sondern eine Voraussetzung für rassistische Ressentiments“. Wieweit wir dies aber ernst nehmen und ob wir es wirklich besser wissen als die Nationalisten in unserem Land, können wir in nächster Zeit beweisen. Dann nämlich, wenn es um die Abstimmung zur Unterzeichnung der UNO-Antirassismus-Konvention geht (die Ultrarechte ergriff das Referendum dagegen) und in der Debatte um die „Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht“ (sammeln wir 50'000 Unterschriften dagegen?). Und überhaupt: Anstatt noch lange am Begriff der „Multikulturalität“ herumzubasteln, über ein Migrationsgesetz zu sinnieren, ist es höchste Zeit, offen und solidarisch dazu zu stehen, dass wir uns eine Völkerwanderung ganz einfach leisten wollen und müssen, denn sie findet auch ohne unsere Zustimmung statt. Es gilt ohne Wenn und Aber den Grundsatz zu verteidigen: Wer hier lebt und arbeitet, hat Anspruch auf dieselben politischen Rechte und Pflichten wie wir – unabhängig von kultureller, religiöser, ethnischer und nationaler Zugehörigkeit.

Catherine Weber, 38, ist Sekretärin des Komitees „Schluss mit dem Schnüffelstaat“ und engagiert in asylpolitischen Fragen.